A1 Wahlprogramm 2021: Strafverfolgung

Gremium: Schreibgruppe
Beschlussdatum: 17.07.2020
Status: Modifiziert

Text

1 Strafverfolgung

2 Maßnahme 2026: Präventionsarbeit ausbauen

3 Neben der Arbeit von Justiz und Polizei ist die Prävention von Straftaten ein
4 essentieller Baustein der Verbrechensbekämpfung. Gelungene Präventionsarbeit und
5 die Resozialisierung straffällig gewordener Menschen schützen die Bevölkerung am
6 effektivsten. Erfolgreiche Präventionsprojekte sind dauerhaft zu verstetigen und
7 die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen zu verbessern.

8 Maßnahme 2026: Schwerpunkte in der Strafverfolgung setzen

9 Die Verfolgung von Hasskriminalität, Straftaten gegen Frauen und
10 demokratiefeindlichen Straftaten von Umwelt- und Cyberkriminalität sind weiter
11 zu stärken. Es ist zu prüfen, wie Kompetenzen im LKA und bei der
12 Staatsanwaltschaft besser gebündelt werden können.

13 Ein besonderer Fokus ist auf die Verfolgung von organisierter Kriminalität zu
14 legen. Dabei hat sich gerade die Vermögenseinziehung bei organisierter
15 Kriminalität als sehr erfolgreich erwiesen und ist daher fortzuentwickeln.

16 Gleichwohl ist für uns bewusst, dass Strafrecht stets die letzte Möglichkeit und
17 restriktiv einzusetzen ist, da durch den Einsatz des Strafrechts viel Schaden
18 angerichtet werden kann, insbesondere durch eine Inhaftierung. Strafrecht ist
19 ultima ratio. Vor diesem Hintergrund muss ebenfalls die Möglichkeit der
20 Entkriminalisierung behandelt werden.

21 Maßnahme 2026: Entkriminalisierung vorantreiben

22 Entkriminalisierung ist ein Thema, das Kompetenz-bedingt vordergründig im
23 Bundesrat verfolgt werden muss. Jedoch können wir auch in Berlin erste Schritte
24 gehen, um die Verfolgung von Bagatelldelinquenz zu reduzieren. Dies ist vor
25 allem der Arbeitsfähigkeit der Justiz zuträglich, da dieser somit mehr Ressourcen
26 für die Verfolgung anderer Delikte zur Verfügung stehen, wie der Verfolgung
27 schwerer Delikte, wie Wirtschaftskriminalität, organisierter Kriminalität und
28 Umweltstraftaten. Wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis, Diebstahl geringwertiger
29 Sachen und Drogenbesitzes werden jedes Jahr hunderttausende Verfahren geführt.
30 Auch dauern Verfahren durch die unnötige Belastung der Justiz mitunter zu lange,
31 sodass eine schnelle Reaktion auf Straftaten nicht immer erfolgen kann.
32 Kriminologische Forschungen zeigen aber, dass es gerade im Bereich der
33 Kriminalität von jungen Menschen essentiell ist, schnell auf strafbares
34 Verhalten zu reagieren, um zukünftige Straftaten zu verhindern. Eine
35 Strafverfolgung von Kleinstkriminalität kann in vielen Fällen dazu noch sehr

36 schädlich sein. Die Betroffenen werden unnötig kriminalisiert und dadurch aus
37 der Gesellschaft ausgeschlossen. Etwa verlieren viele Menschen durch eine
38 strafrechtliche Verurteilung ihre berufliche Perspektive, wodurch die
39 Wahrscheinlichkeit von weiteren Straftaten steigt. Daher sollte hier eine
40 Ahndung als Ordnungswidrigkeit erfolgen. Dies ist nicht nur weniger
41 eingriffsintensiv, sondern ermöglicht auch eine schnellere Reaktion, entlastet
42 die Justiz und schließt diese Menschen weniger aus der Gesellschaft aus.

43 Deshalb müssen wir prüfen, welche Normen im StGB nicht mehr notwendig sind und
44 auch als Ordnungswidrigkeit geahndet werden können, wie beispielsweise bezüglich
45 des sog. Containers sowie Straftaten im Zusammenhang mit Versammlungen. Wir
46 wollen uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die entsprechenden Normen aus dem
47 StGB gestrichen werden.

48 Menschen, die dauerhaft kein Entgelt bei der Nutzung des ÖPNV entrichten können,
49 ist nicht geholfen, wenn sie dafür bestraft werden, da die Ursache hierfür
50 meistens woanders liegt. Diese Delikte stehen häufig im Zusammenhang mit
51 psychischen Krankheiten oder Suchtkrankheiten oder Obdachlosigkeit. Diese
52 Menschen müssen durch kurzzeitige Inhaftierungen immer wieder Hilfsangebote
53 abrechnen (wodurch diese irgendwann vollständig beendet werden) und kosten das
54 Land Berlin jeden Tag ca. 100 € für den Haftplatz, belasten die
55 Strafvollzugsanstalten unnötig und werden immer wieder inhaftiert, ohne dass
56 während der kurzen Aufenthaltszeit im Gefängnis diesen Menschen zielführend
57 weitergeholfen werden kann.

58 Ein erster Schritt hierfür auf Landesebene wäre somit, Menschen, die immer
59 wieder wegen Delikten, wie dem Erschleichen von Leistungen aufgrund fehlender
60 ÖPNV-Tickets inhaftiert werden, ein kostenfreies Monatsticket zur Verfügung zu
61 stellen.

62 Dabei werden wir uns an dem Stadtticket Extra in Bremen orientieren, das
63 Menschen, die immer wieder wegen dem Erschleichen von Leistungen inhaftiert
64 werden, zur Verfügung gestellt wird und dabei auf Berliner Besonderheiten
65 eingehen. Seit Einführung des Tickets hat das Land Bremen nicht nur Geld
66 gespart; die sozialen Träger haben seither endlich wieder Kontakt zu den
67 betroffenen Menschen und können ihnen helfen.